

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schorm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rübstraße 18 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaßter Kolonetzelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatangelegen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von	386300	erscheint diese Ztg.
	EXEMPLAREN	

„Objektive Beurteiler“ der Christlichen.

Es. Den Christlichen ist längst wieder einmal viel Sell mitberfahren. „Liebe Freunde und hohe Gäste“ — um mit dem Reichstagsabgeordneten Schiffer zu reden — waren auf ihrem siebten Kongress erschienen, um ihnen das Wohlwollen höchster und hoher Behörden, angesehenere Vereinigungen und Persönlichkeiten zu bekunden. Besonders stolz war man auf das Erscheinen des Staatsministers Freiherrn von Berlepsch, der in der Vorbesprechung zum Kongress eine sehr lange Rede hielt, worin er den christlichen Gewerkschaften allerhand Angenehmes sagte. Herr von Berlepsch macht, wie man weiß, seit seinem Amtsabgange eifrig in dem Bestreben, das Bürgerturn für die Sozialpolitik zu gewinnen; er hat zu diesem Zwecke die „Gesellschaft für Soziale Reform“ gegründet, der die Soziale Praxis als Organ dient. Namhafte Zentrumsabgeordnete sind an dem Unternehmen von Berlepsch beteiligt und auch die christlichen Gewerkschaften sind der Gesellschaft für Soziale Reform angeschlossen. So versteht man denn das gute Einverständnis des ehemaligen preussischen Handelsministers mit den christlichen Gewerkschaften. Herr von Berlepsch gibt durch sein Erscheinen auf den Kongressen der Christlichen diesen einen Anlaß, sich als die Gutgesinnten zu fühlen und zu preisen gegenüber den Sozialdemokraten, auf deren Veranstaltungen sich kein ministerieller, kein behördlicher Glanz verschöndert und verschöndert herabläßt, und Herr von Berlepsch gewinnt durch seine väterliche Güte die christlichen Gewerkschaften für seine soziale Reformgesellschaft, der es sonst dumm an Anhang unter der Arbeiterchaft fehlen würde. Auf dem Kölner Kongress der christlichen Gewerkschaften hat sich Herr von Berlepsch als besonders liebes Wortes, indem er sie von dem Verdacht zu retten versuchte, daß sie im Dienste einer gewissen politischen Partei ständen. „Man wirft — so jagte der Herr Staatsminister — den christlichen Gewerkschaften vor, sie seien „Zentrumsgewerkschaften“. Ich gehöre nicht der Zentrumspartei an und Sie werden verstehen, wenn ich in manchen politischen Fragen anderer Meinung bin, wie die Angehörigen dieser Partei. Ich bin also vollständig unabhängig in meinem Urteil und als objektive Beurteiler in der Frage muß ich sagen: Der Vorwurf ist ungerechtfertigt. Ich arbeite mit verschiedenen hervorragenden Führern der Zentrumspartei im Vorstand der Gesellschaft für Soziale Reform seit Jahren zusammen. Ich habe aber noch nie bemerkt, daß diese Herren auch nur den leisesten Versuch gemacht haben, die christlichen Gewerkschaften für ihre parteipolitischen Zwecke auszunutzen.“

Die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung (M.-Gladbach) spricht im Namen der christlichen Gewerkschaften dem Herrn von Berlepsch für dieses Wort ihren Dank aus und sie richtet darauf an die Erdmann, Hue u. i. w. die Frage, ob sie nun halb aufhören würden, „die alle Unwahrheit weiter zu kolportieren“, das heißt bei ihrer Ueberzeugung zu beharren, daß die „politische Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften Humbug ist, daß sie ihrer Entstehung, ihrer Tätigkeit, ihrer Leitung und Zusammenfassung nach nichts weiter sind als Schutztruppen des Zentrums. Wir verstehen es, daß die Christlichen in diesem Falle die Autorität des Herrn von Berlepsch, der ihnen als Schutzwache in einer unangenehmen Sache dient, besonders hoch werten; aber wir bezweifeln, daß die Erdmann, Hue und alle die, die in dieser Angelegenheit einige Erfahrung haben, der ministeriellen Autorität sich so ohne weiteres unterwerfen werden. Herr von Berlepsch kann in diesem Falle für uns mehr auf Raibetät als auf Autorität Anspruch machen. Oder ist es nicht im höchsten Maße naiv, wenn er die christlichen Gewerkschaften deshalb für politisch unabhängige Organisationen hält, weil in der Gesellschaft für Soziale Reform die Zentrumsführer nie „auch nur den leisesten Versuch gemacht haben, die christlichen Gewerkschaften für ihre parteipolitischen Zwecke auszunutzen“? Herr von Berlepsch muß die Zentrumsführer doch für sehr dumm halten, wenn er annimmt, sie würden ihm auf die Nase binden oder es ihn an einem ungeeigneten Ort auch nur merken lassen, daß sie in den christlichen Gewerkschaften nichts weiter sehen, als ein Mittel, die katholischen Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten und sie für die Zentrumspolitik dienstbar zu machen.

Wir zweifeln nicht an der „Objektivität“ des Herrn von Berlepsch, er urteilt offenbar in gutem Glauben. Aber er kennt weder das Zentrum — sonst würde er die Herren aus Köln und M.-Gladbach, die in der Gesellschaft für Soziale Reform mit ihm zusammenreffen, nicht für so dumm halten, noch kennt er die Entstehungsgeschichte und das Wesen der christlichen Gewerkschaften — sonst würde er anders über diese urteilen. Wer die ersten Jahre der christlichen Gewerkschaftsbewegung mitgemacht, wer dem Wirken der ultramontanen Organisatoren im industriellen Westen, der Geimat der christlichen Gewerkschaften, zugesehen hat, der weiß, daß die christlichen Sonderorganisationen nicht aus der katholischen Arbeiterchaft heraus entstanden sind, sondern daß sie ihnen auferzucht und aufgezwungen worden sind von den geistlichen und weltlichen Agitatoren des Zentrums. Herr von Berlepsch wird vielleicht so naiv sein und seinen ultramontanen Freunden glauben, wenn sie ihm erzählen von dem Terrorismus politischer und religiöser Art, der in den neunziger Jahren in den damaligen Gewerkschaften von den Sozialdemokraten auf andersdenkende Arbeiter ausgeübt worden sein soll, von dem Bestreben der gläubigen Arbeiter, sich von der sozialdemokratischen Schreckensherrschaft freizumachen und zu diesem Zweck besondere, politisch und religiös neutrale Organisationen zu schaffen. Alles das ist Humbug. Das Zentrum sah nach dem großen Wahlsieg

der Sozialdemokratie im Jahre 1890 und durch die weiteren Erfolge im Jahre 1898 seinen Bestand im industriellen Westen herab; es sah, daß die Gewerkschaften das erfolgreichste Werbemittel für die Partei waren — und aus diesem und keinem anderen Grunde haben sich seine Agitatoren im weltlichen und geistlichen Gewande für die Gründung „christlicher“, im wahren Sinne ultramontaner Organisationen ins Zeug gelegt. Was es mit dem Zwecke auf sich hat, daß in weiten Kreisen der gläubigen Arbeiterschaft sich das brennende Verlangen nach christlichen Organisationen geäußert habe, beweist der Umstand, daß zehn Jahre nach der Gründung der christlichen Gewerkschaften diese es mit Ach und Krach auf 100 000 Mitglieder gebracht hatten. Nein, man muß schon das Zentrum so schlecht kennen wie Herr von Berlepsch, wenn man der inhaltlichen Meinung sein kann, daß die Herren vom Zentrum auch nur einen Finger um die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter gedreht hätten, wenn sie nicht durch die Rücksicht auf ganz greifbare Interessen parteipolitischer und was für die Partei mit in Betracht kam, kirchlicher Art dazu getrieben worden wären. Wenn man weiter der Meinung sein kann, das Zentrum würde dann später den christlichen Gewerkschaften sein Wohlwollen so sichtbarlich bezeugt haben, wenn es nicht darauf rechnen könnte, daß sich dieses Wohlwollen reichlich bezahlt machte, daß ihm in den christlichen Gewerkschaften allzeit treue und willige Helfer in seinen Abtun zur Verfügung ständen.

Gerade der Kölner Kongress sollte doch geeignet sein, Herrn von Berlepsch von der Meinung zu bekehren, daß die christlichen Gewerkschaften etwas anderes seien als die politischen Schutztruppen des Zentrums. Man mag zur Reichsfinanzreform stehen wie man will, man mag sie von jedem nur denkbaren Interessenstandpunkt betrachten, die Arbeiter hatten sich unter allen Umständen im politischen wie wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Interesse gegen die unerhörte weitere Belastung des Massenkonsums, die ohnehin für sie schon übergroß war, zu wehren. Auch die nichtsozialdemokratischen Arbeiter empfanden die weitere Vermehrung der indirekten Lasten als ein Unrecht und hatten sich deutlich genug dagegen ausgesprochen. Die christlichen Gewerkschaften blieben stumm; sie wehrten sich nicht, als Regierung und Schnapsblod durch ihre Steuererlässe den Arbeitern die Früchte vieljähriger gewerkschaftlicher Arbeit nahmen; ihre Führer wirkten als Zentrumsabgeordnete mit an dem Verbrechen und ihnen wurde in Köln von ihren Mitführern bescheinigt, daß sie sich nicht des Arbeiterbetrats schuldig gemacht, sondern, daß sie gut getan hätten, der „höheren, ideellen Gründe“ wegen ihr „Klassenempfinden“ beiseite zu setzen, das heißt des Zentrums wegen die Interessen der Arbeiterchaft mit Füßen zu treten!

Wir können aus der Geschichte der christlichen Gewerkschaften Dutzende von Tatsachen und Neuheiten beibringen, die davon zeugen, daß sie vom Zentrum gegründet sind und von diesem gefördert werden in der Berechnung, sich ihrer zu parteipolitischen Zwecken zu bedienen. Aber alles das erscheint uns überflüssig angesichts des Verhaltens der Christlichen gegenüber der Brandstiftung des arbeitenden Volkes durch den Schnapsblod, dessen Tun die Christlichen von maßgebender Stelle, von ihrem liebsten Gewerkschaftskongress aus gefegnet haben. Dieser Vorgang allein genügt, um auch dem Mißbeisten zu zeigen, wer recht hat: der „objektive Beurteiler“ Herr von Berlepsch, der die christlichen Gewerkschaften als einwandfreie, unabhängige Arbeitervertretungen erklärt, oder wir, die wir mit Erdmann und Hue die christlichen Gewerkschaften als die Schutztruppe arbeitfeindlicher Parteien, als die Handlanger der ultramontanen Junkerei und Bourgeoisie ansehen.

Zur Maifeierfrage.

II.

Trotz des zweifelhaften Wortlauts der Pariser Resolution und ihrer unanschätzbaren Interpretation durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und durch das Züricher Exekutivkomitee wurde aber doch, besonders in Berlin und Hamburg, recht einseitig für Arbeitsruhe agitiert. Das Unternehmertum im Bunde mit den Behörden plante nun Repressalien, die, nachdem in Berlin und Hamburg die Arbeitsruhe einen bedeutenden Umfang angenommen hatte, auch ausgeübt wurden. Es wurden Tausende ausgesperrt, die Folgen für die Organisationen der Arbeiter waren, besonders in Hamburg, sehr schwerer Art. Auf dem Göttinger Parteitag im Jahre 1890 machte man aber dann der sozialdemokratischen Fraktion Vorwürfe, sie habe durch verspätetes Eingreifen diese Folgen verschuldet, indem dadurch die Einheitslichkeit der Veranstaltungen gestört und die Unternehmer in ihrem Widerstand bestärkt worden seien. Genosse Singer verteidigte die Fraktion mit dem Hinweis darauf, daß die Genossen den Sinn der Pariser Resolution gekannt hätten. Wörtlich sagte er dann:

„Unmittelbar nach Schluß des Pariser Kongresses war im Berliner Volksblatt die Resolution abgedruckt, und darin stand kein Wort, daß die Manifestation am 1. Mai geführt werden soll durch allgemeines Aushalten der Arbeit. Diese Interpretation haben erst die Versammlungen hineingelegt, und der Vorwurf, daß die Fraktion zu spät gekommen, wird sehr gemildert, wenn man sich in die damaligen Verhältnisse zurückversetzt. Es war unmittelbar vor den Wahlen. Die ganze Kraft der Partei war in Anspruch genommen durch die Wahlagitiation.“

Einer der Führer der Berliner „Unabhängigen“, der Buchdrucker Werner, erwiderte darauf:

„Was den 1. Mai anbetrifft, so wird Singer zugeben müssen, daß die Beschlüsse in Paris wirklich nicht derartige waren, daß sie

vorher konnten überlegt werden. Es war dort beantragt worden, daß sämtliche Anträge und Resolutionen vom Bureau zu einer einheitlichen Resolution zusammengefaßt werden sollten. Kein einziger Redner hatte davon gesprochen, den 1. Mai als internationalen Feiertag zu betrachten. Erst in der letzten Sitzung, am Sonnabend, wurde eine große, lange Resolution verlesen, wo man den ersten Punkt vergaß, bis der dritte verlesen war. Nachdem diese Resolution verlesen war, wurde gesagt, erst wird abgestimmt, und nachher diskutiert. Der Kongress muß heute abend geschlossen werden. Nun waren aber sämtliche Delegierte, mit Ausnahme des Bureaus, über jenen Punkt nicht richtig informiert. Es wurde nicht einmal nachgesehen, auf welchen Tag der 1. Mai fällt.“

Genosse Wiesel verteidigte die Fraktion, die man als Sündenbock für die Niederlagen verantwortlich machen wollte. Er fragte, wer denn diese Niederlagen verschuldet habe, und er führte sie auf die ungünstige Geschäftskonjunktur zurück, weshalb die Bourgeoisie mit Bergnügen Tausende auf das Pflaster warf, weil es ihr eben paßte. Er meinte zum Schluß, wir könnten „unmöglich auf einem Beschluß fernsein beharren, der notwenig zahllose Freunde in die übelste Lage brachte. Lieber wollen wir alles aufbieten, um den Beschluß dahin zu formulieren, nicht den 1. Mai, sondern den ersten Sonntag im Mai als Demonstrationstag zu setzen, wenn der internationale Kongress sich im nächsten Jahre mit der Frage wieder beschäftigt.“

Hieraus geht hervor, daß Wiesel den Pariser Beschluß so auslegte, als sollten die Kundgebungen am 1. Mai 1890 eine regelmäßige Wiederholung finden. In Konsequenz der letzten Ausführungen Welsels stellten die Berliner Genossen den Antrag, die Feler stets am ersten Sonntag im Mai zu veranstalten, wenn nicht der 1. Mai ein Sonntag sei. Genosse Diecknecht beantragte dagegen:

„Der 1. Mai ist hauernd ein Feiertag der Arbeiter, der, entsprechend dem Beschluß des internationalen Pariser Arbeiterkongresses den Einrichtungen und Verhältnissen des Landes gemäß zu begehen ist. Wenn sich der Arbeitsruhe an diesem Tage Hindernisse in den Weg stellen, so haben die Umzüge, Feste und Feiern u. i. w. am ersten Sonntag im Mai stattzufinden.“

Diecknecht setzte sich in seiner Begründung des Antrags ohne weiteres darüber hinweg, daß der Pariser Beschluß keine Wiederholung der Kundgebung involvierte. Seine Ausführungen waren aber nach einer anderen Seite hin sehr interessant:

„Der Antrag, die Feler des 1. Mai allgemein auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, wie das in England, teils weil dort die großen Arbeitermeetings seit Jahrzehnten am Sonntag stattfinden, teils zur Vermeidung von Konfliktgefahren, ist, kann ich nicht empfehlen. Ich glaube nicht, daß wir in Deutschland diese Konzession machen können. Der 1. Mai ist nicht bloß durch Beschluß des Pariser Kongresses ein historischer Tag, sondern er ist schon seit Jahrhunderten ein Volkstheater der germanischen, gallischen, zum Teil auch der lateinischen Völker. Im größten Teile Deutschlands, in ganz England, Italien, Frankreich und der Schweiz wird der 1. Mai noch heute mehr oder weniger festlich begangen als Tag der Wiederauferstehung der Natur. Die Amerikaner, welche den 1. Mai als Feiertag der Arbeit proklamieren, haben dabei allerdings im Auge gehabt, daß es der Partei welche die Wiederverweigerung der Menschheit aus tausendjährigem Elend, aus dem geistigen Tode und aus der Knechtschaft befreienden wird, vor allem zukommt, das Frühlingsfest feierlich zu begehen und in einem Fest die Auferstehung der Natur und der Menschheit zu feiern. Am 1. Mai wollen wir also unter allen Umständen festhalten. Andererseits wollen wir aber auch nicht unnütze Konflikte herbeiführen; darum geht mein Antrag weiter dahin, den 1. Mai in jedem Falle zu feiern, und zwar in würdiger Weise, durch Versammlungen, Vorträge, Feste und, wo es möglich ist, ohne Konflikte oder sonstige Unannehmlichkeiten oder Nachteile für die Bewegung selbst, auch durch Aushalten der Arbeit, Umzüge u. i. w. Wo dieser letzteren Art der Feler sich aber Hindernisse entgegenstellen, da soll am 1. Mai von solchen Kundgebungen abgesehen werden, sollen nach der 1. Maifeier, nicht mit Ausschließung derselben am ersten Sonntag im Mai die großen Kundgebungen, Umzüge und dergleichen stattfinden.“

Diecknecht (dessen Antrag angenommen wurde) war also trotz Festhaltens am 1. Mai doch gegen jede Ueberdrückung und er hielt es auch für möglich, die Feler in würdiger Weise auf andere Art als durch Arbeitsruhe zu begehen — eine Ansicht, die im Jahre 1906 von den Führern des Kapitols in unserer Partei mit so großer Emphase desavouiert wurde. Die Auffassung nicht nur Diecknechts, dessen Antrag angenommen wurde, sondern auch die des Göttinger Parteitags war unzweifelhaft die, daß man Konflikte, die zu Niederlagen führen könnten, einstweilen aus dem Wege gehen mußte.

Im Jahre 1891 erließ dann auch die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags am 4. Februar einen Aufruf, aus dem wir nur die entscheidenden Stellen hier wiedergeben wollen:

„In Ausführung des auf dem Parteitag zu Halle gefaßten Beschlusses, und in Rücksicht auf die Notwendigkeit, die im Jahre 1889 vom internationalen Arbeiter-Kongress zu Paris beschlossene Kundgebung zugunsten des Achtstundentages zu einer einheitlichen und wirksamen zu gestalten, hat die unterzeichnete Fraktion nach eingehender Erörterung mit allen gegen eine Stimme be-

schlossen: Den deutschen Arbeitern zu empfehlen, die Maifeier am ersten Sonntag im Mai zu begehen, und weiter dahin zu wirken, daß auch für die Zukunft der gleiche Tag festgehalten wird.“

Als Hauptgrund für diese Entscheidung fiel ins Gewicht, daß ein Tag zu wählen sei, welcher der gesamten Arbeiter-

Klasse die Beteiligung an der Umgebung er...

Hierzu erscheint nur der Sonntag gelistet. Jeder an...

Dieser Vorschlag fand allgemeine Billigung und die Ma...

Der Pariser Beschluß sollte nichts anderes bezwecken als: Am...

Auf dem Brüsseler internationalen Arbeiterkongress vom 16. bis zum 22. August 1891 (über den kein offizielles...

Zu einer Konferenz der deutschen Delegierten am Donnerstag...

Die Luftschiffahrt und die Fla.

Von der Metallarbeiter-Zeitung von Ingenieur E. Grödel (Frankfurt a. M.).

Sachverständige ist die Schwerkraft des Menschen, gleich dem...

Verleumdungen Peterson-Dänemark' gibt ein Bild von...

Am dem ersten Mal fest bestimmten ökonomischen Charakter...

Die Debatte wird trotz des Protestes der Oesterreicher ge...

Der Antrag Vallants, her Waldemonstration auch den...

Die Gründe, die die Oesterreicher zu ihrer Stellung be...

Aus Amerika.

Von Ohio bis zum Stillen Ozean. Von Chagrin.

Chicago! Die Hölle mit der offenen Klappe" wird diese...

Charles hatte denn auch bald auf demselben Wege den Wasserstoff...

Dorf bis heute; es schob nur seine Säune rudweise vor sich...

Das Sommerstille Zentrum dieses Millionenortes ist aller...

Die noch unbrauchbaren oder abgenutzten Teile der Ertrags...

Seit Jahrzehnten mindet sich Chicago in den Krallen von ge...

Im Jahre 1908 glaubte Lincoln Steffens in "The Shame of...

Gegen die Anarchie von oben ist zeitweilig eine Anarchie, oder...

Sie brachte durch den Austritt von Gas Verluste an Tragfähigkeit...

Diese Schwerkraft des Antriebes mußte erst überwunden wer...

Von da an war die Lösung des Luftschiffproblems nur noch...

großen Überzeugungen lassen müssen, wie „ungerecht“ manche Arbeiterforderungen sind. Das ist gerade der rechte Weg, dem der Regulator so bald wie möglich folgen sollte.

Als andere Varianten des Reichstags (außer Sozialdemokraten, Zentrum und Wirtschaftliche Vereinigung) haben es bisher nicht vermocht, aus den Forderungen der gewerkschaftlichen oder gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung geeignete Beschlüsse mit einem Reichstagsmandat zu beschließen.

Das kann bei der Sozialdemokratie nicht vorkommen, da diese die politische Vertretung der Arbeiterklasse ist. Wohl aber muß es vorkommen bei allen bürgerlichen Parteien.

Was dagegen unter solchen Umständen die Durchführung der bürgerlichen Parteien durch die Arbeiter für einen Zweck im Interesse der Arbeiter haben soll, das mügen die Götter wissen. Gewiß, wenn die Hirsch-Dunderschen schon vorher in ahnungsvollem Schimmer vor ihrer Gottähnlichkeit hange werden und in Befürchtung späteren Kataklysmen aus ihrer Not eine Tugend, die Tugend der Entfaltung machen, wenn sie bloß die bürgerlichen Parteien stärken wollen, ohne selbst auf Mandate Anspruch zu machen — wie sagt Reuter: Rindfleisch und Blumen sind ein schon Gericht —, so würden die etwas hirsch-dundersch gestärkten Liberalen allerdings wohl nicht in irgend welchen Konflikt kommen, aber doch nur darum nicht, weil ihnen die Arbeiterinteressen fremd sind.

Bezeichnend ist, daß dem Regulator dies als „vielleicht gut so“ erscheint!

Die Arbeiter werden dem Zentrum den Steuernabzug nicht verzeihen, sie werden aber ebensowenig verzeihen, welche Rolle die „Liberalen“ bei der Geschichte gespielt haben. Die Arbeiter haben gar keinen Anlaß, die „bürgerlichen Parteien“ zu stärken, wohl aber, sie alle zu schwächen und (nach Bopstowsky) die Arbeiterpartei, die wahrhafte Vertreterin der Arbeiterinteressen, die Sozialdemokratie, mit aller Macht hochzubringen.

Mögen sich jetzt beide „bürgerliche“ Gruppen; so Zentrum wie Liberaler, so auch christliche Gewerkschaftler und Hirsch-Dundersche, tagelangen, die Arbeiter wissen längst, daß keine der beiden recht hat.

Die schweizerische Heimarbeitersstellung.

Nun hat auch die schweizerische Arbeiterschaft in Zürich ihre Heimarbeitersstellung erhalten und zur Freude aller derer, die dem Proletariat gegenüberstanden und ein Plaisir befanden, ist sie sehr gut ausgefallen, so daß sie als ein Erfolg der Gewerkschaften bezeichnet werden kann.

Das Hauptverbot des Züricher Heimarbeitersstellung war die Wahrung der Arbeiterselbstbestimmung, die Wirtschaftlichkeit und die Bewahrung der Arbeitskraft der Arbeiter, die in der Zeit des Reichstags die Durchführung der Heimarbeit unterliegen. So ist in der Gesetzgebung der gesamte Inhalt des alten Heimarbeitersstellungsgesetzes für Heimarbeitersstellung vorgelegen, das die Heimarbeitersstellung wieder Einführung der Heimarbeit und Wirtschaftlichkeit verboten wurde, für die Heimarbeitersstellung zu leisten.

Table with 2 columns: Beruf and Stundenlohn. Includes categories like Schuhmacher, Metallindustrie, etc.

Bei den heimarbeitenden Schuhmachergesellen, die in der Tabelle an der Spitze stehen, handelt es sich um tüchtige Berufsarbeiter in großen Städten, aber auch von ihnen kommen nur wenige über diesen Durchschnitt, die meistens kleiden darunter.

Die in der Tabelle ersichtlichen Stundenlöhne der Heimarbeitersstellung eine bereichte Sprache. Dabel enthält sie aber nicht die Strohindustrie mit ihren schlimmsten Stundenlöhnen, die bis auf 0,4 Eis. pro Stunde sinken und für die weitaus meisten der 6000 Heimarbeitersstellung und Arbeiterinnen nicht über 10 Eis. betragen.

Vielfach handelt es sich bei den schlechtesten Löhnen nicht um den Verdienst einer Person, sondern mehrerer Personen, indem Kinder und ältere Leute als Hilfskräfte mitarbeiten müssen.

Die Metallindustrie ist durch zwei Branchen auf der Heimarbeitersstellung vertreten, nämlich durch die Uhrenindustrie und die Musiklofenindustrie, die beide mit der Lederindustrie in einem der großen Schlußmittel vereinigt sind.

Die Musiklofenfabrikation ist in St. Erzoig im Kanton Aargau zu Hause und die Heimarbeitersstellung hauptsächlich in der Umgebung. Sie besaßen sich mit dem Durchsichtigen der kleinen Hühner, mit dem Steifenfinken, mit dem Montieren und dem Schneiden der Labiatur.

Das ist so nur eines aus der schweizerischen Heimarbeitersstellung. Die auf den Heimarbeitersstellungsgegenständen angebrachten Etiketten enthalten Angaben über Arbeit, Arbeitszeit, Lohnverhältnisse, Familienverhältnisse, Wohnungs- und Familienverhältnisse, die ein reiches und wertvolles Material zur typographischen Darstellung der Heimarbeitersstellung und ihrer Arbeitsbedingungen darstellen und neuen Agitationsstoff für die Agitation und Organisierung der Heimarbeitersstellung bilden.

Deutscher Schloßertag.

Der 21. Deutsche Schloßertag, das heißt der Verbandstag des Verbandes Deutscher Schloßerinnungen, wurde vom 4. bis zum 6. Juni in Hamburg abgehalten.

Der Verbandsrat hat sich entschlossen, die Mindestpreise festzusetzen. Es ist die alte Idee der Mindestpreisdiktation, die in den letzten Jahren wieder in Mode gekommen ist.

Die Arbeiter im Schloßerberuf haben in den letzten Jahren viel zu leiden gehabt. Die Preise für ihre Produkte sind sinken, die Kosten sind steigend, die Konkurrenz ist immer härter geworden.

Das Verbot der Mindestpreisdiktation ist ein Verstoß gegen die Prinzipien der freien Konkurrenz und wird den Arbeiter nur schaden.

Die Dauer der Heimarbeitersstellung ist ein wichtiger Punkt. Die Arbeiter fordern eine längere Dauer, um die Kosten der Heimarbeitersstellung zu decken.

Die Heimarbeitersstellung ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter.

Die Heimarbeitersstellung ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter.

Die Heimarbeitersstellung ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter.

Die Heimarbeitersstellung ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter.

